

Landtag Aktuell

38. Ausgabe

Düsseldorf, 25.11.2011



Gregor Golland

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

Rot-Grün verschläft den U3-Ausbau

Um bei der Betreuung unter 3-jähriger Kinder von der derzeitigen Betreuungsquote in NRW von 15,9 Prozent auf 33 Prozent zu kommen, muss noch viel passieren. Eltern, die sehnhchst auf einen Betreuungsplatz warten, brauchen endlich Verlässlichkeit und eine klare Ansage der Landesfamilienministerin.

Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf besser zu gewährleisten, besteht ab 2013 ein gesetzlicher Anspruch für einen Platz in der Kita oder der Tagespflege für Kinder unter 3 Jahren. Um diesen Anspruch zu gewährleisten, sollen für 1/3 der Kinder Plätze geschaffen werden. Dies kostet viel Geld. Die Familienministerin sollte dringend ihre Prioritäten überprüfen: Die Beitragsfreiheit im letzten Kindergartenjahr ist zwar populär, aber nun fehlen die Finanzmittel für einen zügigen Ausbau der Plätze für die Kleinsten.

Der Ausbau muss energisch vorangetrieben werden. Vor allem auch deshalb, weil wir bereits heute wissen, dass das aktuell anvisierte Ausbauziel kleiner ist als der tatsächliche Betreuungsbedarf. Wissenschaftler gehen davon aus, dass der Bedarf deutlich höher als 1/3 der Kinder eines Jahrganges ist.

Unter diesen Gesichtspunkten droht die Gefahr, dass Eltern 2013 ihren Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz nicht einlösen können.

Zur Diskussion um Rechtsextremismus in Deutschland

Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert hat es am Dienstag auf den Punkt gebracht: „Wir sind beschämt, dass die Sicherheitsbehörden der Länder und des Bundes, die über Jahre hinweg geplanten und ausgeführten Verbrechen weder rechtzeitig aufdecken noch verhindern konnten.“

Fassungslos nehmen wir zur Kenntnis, dass ein „Nationalsozialistischer Untergrund“ jahrelang gemordet hat. Den Opfern und ihren Familien wurde enormes Unrecht getan, durch falsche Beschuldigungen, Ermittlungen und Medienberichte. Der Hass auf die Demokratie und die Fremdenfeindlichkeit in der rechtsextremen Szene ist erschreckend.

Deshalb ist nun Aufklärung und werteorientierte Erziehung wichtig. Unser demokratischer Staat und unsere Verfassung brauchen standhafte Bürgerinnen und Bürger, um Extremisten in Schach zu halten.

Von Bayern lernen

In Bayern hat das Landeskabinett am vergangenen Wochenende nicht nur beschlossen, in 2012 keine Kredite mehr aufzunehmen. Vielmehr kündigte Bayerns CSU-Ministerpräsident Seehofer an, dass sein Land im kommenden Jahr 250 Millionen Euro Schulden zurückzahlen wird. Und NRW? Neue Kredite ohne Ende: Sie summieren sich nach der mittelfristigen Finanzplanung der grün-roten Minderheitsregierung von 2012 bis 2015 auf 14 Milliarden Euro. 2017 noch will die Landesregierung bis zu zwei Milliarden Euro neue Schulden aufnehmen. Unter Frau Kraft gerät Nordrhein-Westfalen immer mehr ins Hintertreffen. Und das, obwohl NRW die höchsten Steuereinnahmen aller Zeiten einführt.

Rot-Grün redet mit gespaltener Zunge. Anders als in den Medien behauptet, spart NRW eben nicht, wo es kann. Schon gar nicht beim Personal. Im Gegenteil: Die Personalausgaben steigen laut der mittelfristigen Finanzplanung pro Jahr um rund 800 Millionen Euro.

2020 muss NRW einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Das verlangt unser Grundgesetz. Die Schuldenbremse scheint der Minderheitsregierung aber egal zu sein. Fast ein Zehntel des Haushaltsvolumens sind Zinsen. In der Finanzplanung steigt die Zinslast kontinuierlich und das, obwohl die Zinsen zurzeit sehr günstig sind. Leidtragende dieser Entwicklung werden zunehmend unsere Kommunen. Schon ein Viertel befinden sich im Nothaushalt. Die Landesmittel landen nicht mehr beim Bürger, sondern bei den Banken.